



DOKUMENTATION SDG-TAG 2019
**KLIMAWANDEL UND SOZIALE
GERECHTIGKEIT IN KÖLN**

Freitag, 29. November 2019, Alte Feuerwache

In Kooperation mit



BÜNDNIS KOMMUNALE
NACHHALTIGKEIT KÖLN

Mit freundlicher Unterstützung der



Stadt Köln

INHALTSVERZEICHNIS

Prolog	3
Tagesablauf	4
Relaunch der Website „Köln global nachhaltig“	5
SDG What?! – Videospots zu den 17 Nachhaltigkeitszielen	6
Podiumsgespräch	
Klimanotstand – was bedeutet das für unser Handeln in Köln?	7
Podiumsgespräch	
Soziale Gerechtigkeit und Umwelt in Köln	11
Workshops im Fokus der Agenda 2030	16
Workshop 1	
Wieviel Menschenrecht braucht Klimagerechtigkeit? Ein kritischer Blick von Köln aus in die Welt	17
Workshop 2	
Soziale Gerechtigkeit und Umwelt – Praxisbeispiel(e) aus Köln. Vertiefung des zweiten Podiumsgesprächs.	20
Workshop 3	
Psychologisches Empowerment für eine sozial- ökologische Stadtentwicklung	23
Workshop 4	
Köln – gemeinwohlorientiert! Punkten für das Gemeinwohl und die SDGs	26
Epilog	28



PROLOG

Am 29. November 2019 fand der inzwischen dritte SDG-Tag in Köln statt. Wie auch die Jahre zuvor wurde die Konferenz vom Projekt „Köln: global – nachhaltig“ aus dem Allerweltshaus Köln e.V. in Kooperation mit dem Bündnis kommunale Nachhaltigkeit organisiert. Rund 70 Teilnehmer*innen aus der Kölner Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung kamen an diesem Tag in der Alten Feuerwache zusammen, um in einen kritischen und konstruktiven Austausch zu treten.

Dieses Jahr fand die Konferenz unter dem Thema „Klimawandel und soziale Gerechtigkeit in Köln“ statt. Dabei ging es sowohl

um die konkrete Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen und deren rechtlichen Rahmenbedingungen, vor allem aber auch um die Frage, welche sozialen Dimensionen an die Fragen von Umweltbelastung und Klimawandel(maßnahmen) gekoppelt sind. Aspekte globaler und lokaler Umweltgerechtigkeit zogen sich thematisch wie ein roter Faden durch den Tag.

Das Programm setzte sich aus zwei Podiumsdiskussionen und vier Workshops zusammen. In dieser Dokumentation finden Sie eine Zusammenfassung der diskutierten Inhalte und Ergebnisse aus den Podiumsgesprächen und Workshops.



TAGESABLAUF

Gesamtmoderation Markus Klopfer

- 09.30 Uhr **Begrüßung und Einführung**
- 09.45 Uhr **Relaunch der Website „Köln global nachhaltig“**
Sabrina Cali, Allerweltshaus Köln e.V.
- 10.00 Uhr **PODIUMSGESPRÄCH**
Klimanotstand – was bedeutet das für unser Handeln in Köln?
– Niklas Kienitz, Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln und Vorsitzender des Stadtentwicklungsausschusses
– Dr. Barbara Möhlendick, Leitung Koordinationsstelle Klimaschutz, Stadt Köln
- 11.00 Uhr **Pause**
- 11.15 Uhr **PODIUMSGESPRÄCH**
Soziale Gerechtigkeit und Umwelt in Köln – ein Blick in die Veedel
– Maria Schweizer-May, Sozialraumkordinatorin Humboldt-Gremberg/Kalk
– Jörg Detjen, Die Linke, Fraktionssprecher im Rat der Stadt Köln
– Hubertus Tempiski, Bürgeramtsleiter im Bezirk Rodenkirchen
- 12.30 Uhr **Gemeinsame Mittagspause im Lokal der Alten Feuerwache**
- 13.30 Uhr **Vier parallele Workshops**
Im Fokus der Agenda 2030
- 15.30 Uhr **Plenum und Abschluss**
- 16.00 Uhr **Ende und Ausklang**



RELAUNCH DER WEBSITE „KÖLN GLOBAL NACHHALTIG“

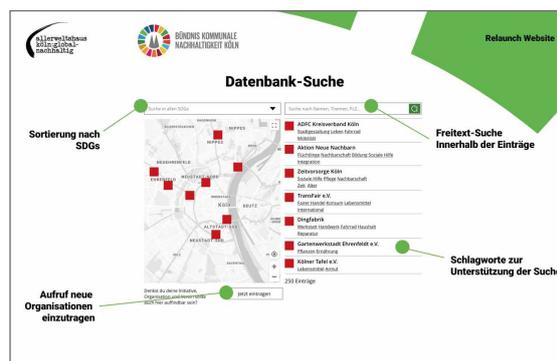
Im Laufe des Jahres wurde die Website „Köln global nachhaltig“ überarbeitet. Sie vereint nun vielfältige Informationen rund um die SDGs in Köln.

Diese Website ist...

- ... die Online-Präsenz des Bündnis kommunale Nachhaltigkeit Köln,
- ... ein Informationsportal zu den SDGs und deren Bezug zu Köln
- ... und eine Unterstützung zum selbst aktiv werden!

Auf der Startseite sind mit einem Klick auf die [Icons der 17 SDGs](#) grundlegende Informationen zu den Zielen zu finden, sowie Tipps für den Alltag und vertiefende Literaturempfehlungen.

Unter der Rubrik „[Selbst aktiv werden](#)“ ist ein Suchmodul zu finden, über das viele Organisationen gefunden werden können, die sich in Köln für die SDGs einsetzen. Bisher sind rund 300 Organisationen darin zu finden – gerne erweitern wir diese Liste mit weiteren aktiven Initiativen und Vereinen!



Ergänzend zu diesen Elementen wird für das [Bündnis kommunale Nachhaltigkeit Köln](#) geworben. Auf der Website sind die Ziele, die Mitglieder und Projekte des Bündnisses zu finden.

Wir freuen uns, wenn ihr unsere Website mit den neuen Features besucht, diese teilt und bewirbt:

» www.koelnglobalnachhaltig.de



SDG WHAT?! VIDEOSPOTS ZU DEN 17 NACHHALTIGKEITSZIELEN

Die vielfältigen Themen rund um die SDGs kurz und prägnant auf den Punkt gebracht - das geht! Das Projekt Köln global nachhaltig hat in Kooperation mit dem *bureau Gruen* und *Raute Film* kurze Clips zu den 17 Zielen produziert. Darin erklären die Protagonist*innen Ivy, Jana und Luca was hinter den SDGs steckt und was diese mit Köln zu tun haben.

Die Videos sind auf der [Website](#) zu finden oder direkt über den [youtube-Kanal](#) des Allerweltshauses Köln zu sehen. Vernetzt euch mit uns, liked und teilt die Videos!

Auch auf den Social Media Kanälen des Bündnisses veröffentlichen wir die Videos.

» [Facebook](#)

» [Instagram](#)



PODIUMSGESPRÄCH

KLIMANOTSTAND – WAS BEDEUTET DAS FÜR UNSER HANDELN IN KÖLN?

MODERATION: MARKUS KLOPFER

Teilnehmende auf dem Podium

- Niklas Kienitz, Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln und Vorsitzender des Stadtentwicklungsausschusses
- Dr. Barbara Möhlendick, Leitung Koordinationsstelle Klimaschutz, Stadt Köln

Das erste Podiumsgespräch fokussierte sich auf den von der Stadt Köln ausgerufenen „Klimanotstand“. Insbesondere wurde diskutiert, was der Klimanotstand für Köln bedeutet und ob er bereits Einfluss auf das Handeln von Politik und Verwaltung hat. Ergänzend dazu wurden mit dem Klima im Zusammenhang stehende Bereiche wie die Mobilität und die Stadtentwicklung diskutiert.

Grundlage der Diskussion war der Ratsbeschluss zum Klimanotstand:

» <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=722814&type=do&>

SCHWERPUNKT KLIMANOTSTAND

Erste Frage: Bezug auf den erklärten „Klimanotstand“ der Stadt Köln: Was bedeutet „hohe Priorität“ und „bei allen Entscheidungen grundsätzlich zu beachten“ genau? Haben diese Bezeichnungen in der Beschlussvorlage 2081/2019 konkrete Verbindlichkeiten?

Frau Dr. Möhlendick: Hohe Priorität heißt, dass es verbindlich ist. Jede*r Vorlagensteller*in¹ befasst sich jetzt mit dem

¹ Wir haben uns dazu entschieden, in der gesamten Dokumentation zu gendern – unabhängig davon, ob auch im Gesprochenen geschlechtergerechte Sprache benutzt wurde.



Klimaschutz und den Auswirkungen. Es heißt allerdings nicht, dass es die höchste Priorität hat. Stattdessen wird mit anderen Zielen, wie bspw. der Wirtschaftlichkeit abgewogen. Es werden aber verbindliche Leitlinien und Standards erarbeitet, zum Beispiel im Bereich der Stadtplanung und Stadtentwicklung.

Herr Kienitz: Das Verwaltungshandeln ist noch nicht in den Vorlagen sichtbar, es wird noch nicht verschriftlicht. Es hat sich ein grundsätzlicher Wahrnehmungswandel vollzogen. Wir müssen in diesem Bewusstsein neue Handlungsmöglichkeiten mobilisieren. Das Wachstum der Stadt Köln ist im vollen Gange, wir brauchen Wohnraum und Gewerbeflächen. Doch: Wie kombinieren wir das? Durch Konzepte wie kompakte Quartiere, die wohnen und arbeiten zusammenbringen.

Bezüglich der Kenntlichmachung der Verwaltungsvorlagen steht im Ratsbeschluss „Maßnahmenalternativen mit positiver oder zumindest der geringsten negativen Klimaauswirkung sollen bevorzugt geplant und umgesetzt werden. Dabei sind die konkurrierenden Zielsetzungen der Stadtstrategie zu berücksichtigen.“ Frage: Gerade letzter Punkt steht ggf. in Widerspruch mit der Umsetzung von Alternativen, wie wird damit umgegangen?

Frau Dr. Möhlendick: Gerade wegen konkurrierenden Zielsetzungen ist der Austausch zwischen den Fachämtern sehr wichtig. Aktuell wird ein Leitfaden entwickelt, der Entscheidungshilfen für die Fachämter bietet. Ergänzend dazu wird die Stadtstrategie 2030 für Köln entwickelt, die eine Richtung vorgeben wird.

Herr Kienitz: Ergänzend zur Stadtstrategie für Köln ist der Regionalplan, der gerade beraten wird, sehr wichtig. Das Thema „wachsende Region“ muss in der Diskussion um den Klimaschutz auch beachtet werden. Wir verfolgen einen integralen Ansatz: Wohnraum und Pendler*innen (Mobilität) müssen berücksichtigt werden.

SCHWERPUNKT MOBILITÄT

Frage: Warum wird im Bereich Mobilität stark auf E-Mobilität gesetzt? Aus der globalen Perspektive: Inwiefern wird hier beachtet, dass erhebliche Ressourcen aufgewendet werden müssen, um Batterien für E-Fahrzeuge herzustellen und dies in einigen Ländern verheerenden Umweltfolgen und soziale Auswirkungen nach sich zieht.

Frau Dr. Möhlendick: Es wird mit den Partner*innen auch über den Ressourcenein-



satz im Bereich E-Mobilität diskutiert. Im Bereich Mobilität spielen das Radfahren und zu Fuß gehen auch eine wichtige Rolle. Auch mit der Technologie der Zukunft des Wasserstoffs beschäftigen wir uns. Außerdem sollte im Klimaschutz immer auch das Thema Suffizienz mitgedacht werden.

Ebenso ist der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs sehr wichtig. Es ist Aufgabe der Politik sich für diese Investition zu entscheiden. So wäre eine Förderung des 365 Euro Tickets oder bestimmte Gruppen vom Preis zu befreien ein großer Schritt.

Herr Kienitz: In Bezug auf den Ressourcenverbrauch bei der E-Mobilität sollte nicht alles generalisiert werden. Es kommt darauf an, wie man mit den Batterien umgeht, so ist ein Recycling bis zu 90% möglich. Langfristig sollte auch mit Kombinationen geplant werden, wie bspw. Busysteme auf Wasserstoffbasis.

Bezüglich der öffentlichen Verkehrsmittel, haben wir das Problem der Auslastung. Wir können die Nutzung des Nahverkehrs kostenlos oder mit einem 365 Euro Ticket anbieten, aber die Kapazitäten sind vollkommen ausgelastet. Auch Park and Ride muss angeboten werden. Es muss unser Anspruch sein, Stadtteile nachhaltig mit

den Linien der Straßenbahn zu verknüpfen. Daran muss intensiver gearbeitet werden. Wir müssen die Bundesbahn für die Ziele, ihre Fahrplansicherheit und Pünktlichkeit verpflichten. Die grundsätzliche Frage ist, wie wir Kapazitäten erweitern. Eine kurzfristige Lösung zur besseren Anbindungen sind die ausgebauten Busverbindungen.

DISKUSSION WIRD FÜR DAS PUBLIKUM GEÖFFNET

Werner Keil, Köln Mitgestalten: Es besteht die Notwendigkeit, jetzt schnell zu handeln. Wir haben wenig ermutigende Erfahrungen mit Absichtserklärungen. Wir brauchen eine Beteiligung und einen Paradigmenwechsel, die Bürger*innen müssen als gleichwertige Kraft in diesen Prozessen eingebunden sein. Wir brauchen echte Beteiligung, wie bspw. ein Bürgerparlament, runde Tische und Beteiligungsbotschafter*innen.

Herr Kienitz: Es gibt bereits partizipative Formate, dazu gehört vor allem die Kommunalwahl als Urakt der Beteiligung der Bürger*innen. Gleichwohl haben wir Transformationsprozesse zu bewältigen, die es mit den Bürger*innen zu verhandeln



gibt, dafür wird Rückhalt und Akzeptanz benötigt. Doch bei den Beteiligungsformaten äußern sich nur gewisse bildungsnahe Akteur*innen und Personen. Es braucht andere Verfahren, in denen sich die Diversität der Kölner*innen widerspiegelt.

Joachim Weber, Ortsverein Bilderstöckchen: Meiner Ansicht nach bedeutet der Ausruf Klimanotstand auf Ebene des Handelns keine Verbindlichkeit. Der Beschluss hat keine Konsequenzen, denn andere Faktoren haben immer noch eine höhere Priorität. Die Politik muss sich endlich dazu erkennen, dass der Klimaschutz unabdingbar ist für eine nachhaltige Stadt.

Frau Dr. Möhlendick: Der Klimaschutz ist sehr wichtig und es werden auch Strategien dafür entwickelt. Es müssen noch klarere Ziele definiert werden, so müssen wir z.B. festlegen, wie Mobilität funktionieren kann.

Martina Dietrich, Gemeinwohl Ökonomie: Vieles geht in die richtige Richtung. Es ist bitter, dass der Klimanotstand nicht die höchste Priorität hat. Wir haben keine Zeit. Auch in der Verwaltung und Politik müssen jetzt radikalere Maßnahmen, mehr Stellungnahmen und ordnungspolitisches Handeln passieren.

Herr Kienitz: Sie fordern Radikalität, dann müssten wir jeden Wohnungsbau sofort einstellen. Als Kommune fragen wir uns aber: Wie können wir verschiedene Ziele vereinbaren, wie können wir nachhaltigen Wohnraum schaffen? Die Region soll anziehend bleiben und Voraussetzungen für klimaneutrales Wohnen schaffen.

Ludwig Arentz zum Thema Mobilität: Warum orientieren wir uns nicht an anderen Städten, die z.B. grünes Erdgas für ihre Busse verwenden? In Stockholm ist dies seit über 15 Jahren Realität, in Köln führen „Pilotversuche“ zum Ausschluss.

Ergänzend Ralph Herberth, Köln Agenda e.V.: Auch politisch bewegt sich viel, nur es geht viel langsamer als der Umbruch in der Realität. Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und der Radwege funktioniert nur langsam. Es müssen ehrgeizigere Ziele gesetzt werden und wir müssen mehr Experimente wagen, mutiger werden und mehr ausprobieren. Die Bürger*innen sind teils viel weiter, als die Politik einschätzt.

Frau Dr. Möhlendick: Ich stimme zu, wir arbeiten in der Verwaltung daran. Insbesondere die Beschleunigung der Prozesse und die Anpassung der Ziele müssen jetzt vorangetrieben werden.



PODIUMSGESPRÄCH

SOZIALE GERECHTIGKEIT UND UMWELT IN KÖLN

MODERATION: MARKUS KLOPFER

Teilnehmende auf dem Podium

- Maria Schweizer-May, Sozialraumkoordinatorin Humboldt-Gremberg / Kalk
- Jörg Detjen, Die Linke, Fraktionssprecher im Rat der Stadt Köln
- Hubertus Tempski, Bürgeramtsleiter im Bezirk Rodenkirchen

Im zweiten Podiumsgespräch wurde der Zusammenhang zwischen sozialer Gerechtigkeit und Umwelt thematisiert. Verschiedene Aspekte der Umweltgerechtigkeit in Köln wurden von den eingeladenen Vertreter*innen aus Politik, Verwaltung und Sozialraumkoordination aufgezeigt und diskutiert.

Erste Frage an Frau Schweizer-May: Was machen sie als Sozialraumkoordinatorin

und welche Schwierigkeiten sehen Sie bezüglich des Themas Umweltgerechtigkeit?

Frau Schweizer-May: Im Rahmen des städtischen Programmes „Lebenswerte Veedel“ bin ich dafür zuständig in Gebieten, in denen ein hoher Anteil an Menschen mit Transfermittelbezug lebt, die Bedarfe dieser zu ermitteln. Darauf aufbauend werden Netzwerke geschaffen und Partizipationsmöglichkeiten und Veränderungsprozesse initiiert. Diese Aufgaben sind eng angegliedert an die Bürgerämter. In Humboldt-Gremberg/ Kalk ist vor allem der durch die hohe Bevölkerungsdichte entstehende Wohnungsbau eine große Schwierigkeit. Ich stelle mir die Frage, wo die Grünflächen mitgeplant werden, denn bisher gibt es keine durchgehenden Grünflächen. Zwar wird der östliche Grüngürtel in Angriff genommen, jedoch können eingeschränkte Menschen diesen gar nicht erreichen.



Inwiefern ist Bildung für den Klimaschutz eine wichtige Voraussetzung?

Frau Schweizer-May: Ich denke, dass Bildung die Voraussetzung für Partizipation ist. Die Sozialraumkoordinator*innen arbeiten deswegen auch ganz eng mit Schulsozialarbeiter*innen zusammen. Dazu gehören auch Aktionstage, an denen zum Beispiel Upcycling oder Mülltrennung thematisiert werden.

Welchen Stellenwert hat das Thema Umweltgerechtigkeit in Köln aus Ihrer Perspektive?

Schweizer-May: Grundsätzlich leben in Sozialräumen überwiegend Menschen, die Transferleistungen erhalten und daher schon in vielerlei Hinsicht benachteiligt sind. Im Sozialraum Humboldt-Gremberg sind die Bewohner*innen insbesondere durch die mangelhafte Infrastruktur und die erhöhten Emissionen durch die nahe Lage an Industriegebieten belastet. Eine Ungerechtigkeit ist, dass die hohe Feinstaubbelastung nicht durch die Bewohner*innen entsteht, welche aber letztendlich die Leidtragenden sind. Das Thema Klima im Sozialraum hat immer als Gerechtigkeitsfrage einen hohen Stellenwert.

Herr Detjen ergänzend dazu: Umweltgerechtigkeit ist auch in meiner Partei ein

zentrales Thema. Ich beobachte ein wachsendes Bewusstsein. Gleichzeitig nimmt aber auch die Armut immer weiter zu. Dabei ist es eine breite Forderung in der Gesellschaft, dass alle Menschen gleichwertige Lebensverhältnisse bekommen sollen.

Herr Detjen, wo sehen Sie ganz generell noch Defizite?

Herr Detjen: Großes Defizit sehe ich darin, dass vor allem in der Verwaltung noch Herzblut zum Thema entstehen muss. In Sachen Klimagerechtigkeit muss dringend Sensibilität geschaffen werden. Wenn man die Demokratie stärken möchte, gehört auch die Sozialpolitik dazu, damit sich niemand abgehängt fühlt.

Herr Tempski zu dieser Frage: Ich sehe mich in meiner Position als Bürgeramtsleiter von Rodenkirchen auch als Brückenkopf zur Sozialraumverwaltung. Bezüglich sozialer Gerechtigkeit und Umwelt sehe ich vor allem die Problematik, die Menschen, die am Kölnberg leben an das Thema heranzuführen. Viele dieser Menschen leben in prekären Verhältnissen, zwischen 80 und 90% erhalten Transferleistungen, oftmals haben sie so große Existenzsorgen, dass sie sich mit Klimagerechtigkeitsfragen primär nicht auseinandersetzen (können). Und um Menschen aus



Sozialräumen an die Problematik heranzuführen zu können, müssten die Umstände, in denen sie leben, erst einmal aufbereitet werden.

Gibt es denn aktuell Maßnahmen in Richtung Umweltgerechtigkeit?

Herr Tempski: In meinem Stadtbezirk entsteht in Nordwest ein riesiges neues Wohngebiet und auch die Stadtbahn Nord-Süd wird gebaut bzw. verlängert. Das sind alles Ansätze die natürlich auch das Thema Klima bewegen. Ein ganz konkretes Beispiel am Kölnberg ist das von der Universität unterstützte Projekt der „Energielotsen“ in Kooperation mit der Rhein-Energie. Die „Energielotsen“ informieren Anwohner*innen über die einhergehenden Problematiken des Energieverbrauchs bzw. der Energieverschwendung und den dadurch steigenden Kosten. Der Türöffner ist dabei gewesen, dass die Beratung ganz niedrigschwellig stattfand und in der Muttersprache der beratenen Menschen durchgeführt wurde. Im Rahmen des „Veedelslotsenprojektes“ der Caritas wird dieses Projekt nun auch weitergeführt. Projekte wie diese implizieren eine ganz enge Verbindung des Themas Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit. Und gleichzeitig führt man, auch aus wirtschaftlichem Interesse, eine „win-win“ Situation herbei.

Herr Detjen, welche Herausforderung und Möglichkeiten sehen Sie beim Thema soziale Gerechtigkeit und Umwelt?

Herr Detjen: Die größte Herausforderung ist der Wohnungsbau und dessen Verbindung mit dem öffentlichen Raum. Wenn man in den Außenbezirken bzw. außerhalb der Stadt baut, hat man enorm große Infrastrukturkosten, daher muss man in der Stadt verdichten und den öffentlichen Raum ausgestalten. Grundsätzlich müssen natürlich preiswerte Wohnungen geschaffen werden, um soziale Gerechtigkeit zu schaffen.

Frau Schweizer-May ergänzend dazu: Es ist mir ein Anliegen, klarzustellen, dass wenn man über soziale Gerechtigkeit spricht, beachten muss, dass die Menschen, die in Sozialräumen leben nicht diejenigen sind, die zweimal im Jahr Urlaub machen. Ihr ökologischer Fußabdruck ist deutlich geringer. Diese Menschen sind nicht die Klimasünder, sondern diejenigen, die darunter leiden.

Was würden Sie sich von der Politik für mehr Umweltgerechtigkeit wünschen?

Frau Schweizer-May: Zunächst muss in allen Bereichen ein Umdenken stattfinden und Projekte auch mal ausprobiert werden. An der Kalker Hauptstraße gibt es



zum Beispiel große verkehrstechnische Probleme, dort benötigt man bessere Radverbindungen und sichere, angenehmere Fußwege. Sozialräume müssen mehr als Potenzialflächen und nicht nur als Problemzonen in den Blick genommen werden. In der Sitzung der Bezirksvertretung wird derzeit viel diskutiert und verhandelt, allerdings nichts Konkretes umgesetzt.

Herr Tempski, was kann in diesem Fall konkret getan werden?

Herr Tempski: Man muss mehr Zuständigkeitskompetenzen an die Bezirksvertretung und mehr Entscheidungskompetenzen an die Sozialraumkoordination abgeben. Der Rat muss sich mehr um grundsätzliche Sachen kümmern und konkrete Aufgaben weiterleiten. Jedoch reicht es nicht aus, ausschließlich nur an Strukturen zu arbeiten, es muss auch Sensibilität und Bewusstsein entstehen, nicht nur bei der Bevölkerung, sondern auch bei den Verwaltungskolleg*innen.

Herr Detjen ergänzend dazu: Der Hinweis von Herrn Tempski ist vollkommen richtig, es muss mehr strategisch agiert werden. Bei umweltstrategischen Fragen benötigt man unbedingt die Entscheidung, dass städtische Flächen nicht mehr verkauft werden dürfen, Stichwort Erbbaurecht. Auch gemeinnützige Vereine und Akteure,

die soziale Projekte unterstützen, müssen stärker eingebunden werden.

FRAGEN UND KOMMENTARE AUS DEM PUBLIKUM

Joachim Weber aus dem Ortsverein Bilderstöckchen: Ich frage mich, wohin will denn die Stadt Köln? Will sie mehr wachsen, weil alle Städte wachsen? Oder mal umdenken? Wie sozial ist das alles?

Man muss soziale Gerechtigkeit auch unter Gesundheitsaspekten betrachten. Der ÖPNV beispielsweise sollte über Steuerfinanzierung geregelt werden.

Herr Tempski: Wenn man sich um soziale Gerechtigkeit und Chancenverteilung kümmert, bedient man doch Maßnahmen zum Klimaschutz direkt mit, der ÖPNV ist zum Beispiel die erste Voraussetzung. Wenn man Meschenich-Rondorf richtig anbinden würde, hätte man auch das Potenzial, die Bürger*innen dort besser an den Arbeitsmarkt anzubinden.

Herr Detjen: Zum Thema autofreie Innenstadt habe ich mir gewünscht, dass man zunächst eine schnelle oberirdische Lösung findet und sich später erst dem Ausbau der U-Bahn widmet.



Frau Schweizer-May: Im Projekt „Energie-lotsen“ ist mir besonders wichtig gewesen, dass man die Menschen ernst nimmt. Zum Beispiel beim Thema Kindesgesundheit durch Feinstaubbelastung muss man berücksichtigen, dass die Kinder überwiegend krank sind, weil sie stärker belastet sind und nicht, weil sie arm sind. Da geht es auch um soziale Gerechtigkeit.

Hans Jürgen Kleine vom Netzwerk Gerechter Welthandel und attac: Ich frage mich beim Thema Schuldenbremse: Woher soll das Geld kommen, wenn soziale Wohnungen in Köln gebaut werden? Wenn diese preiswert sein und einem gewissen ökologischen Standard entsprechen sollen - wie soll das bezahlt werden?

Herr Tempksi: Es gibt ja die Ausnahmeregelung. Man muss auch mal mutig sein und Risiken eingehen.

Herr Detjen: Ich bin schon immer gegen die Schuldenbremse gewesen. Momentan gibt es eine große Diskussion, ob man die Schuldenbremse nicht kritisch hinterfragen muss. Man braucht im Grundsatz ein neues Denken, wie: der Boden gehört allen. Das ist alles eine Frage der Grundeinstellung.

Manfred Kreische aus Köln Kalk: Der Leitsatz ist doch, dass jeder Stadtteil selbst entscheiden soll: Stichwort Eigenermächtigung der Quartiere. Warum werden die Leute vor Ort nicht ermächtigt?

Frau Schweizer-May: Ich habe das Programm in diesem Jahr als sehr lebendig erlebt. Es hat große Umwandlungsprozesse gegeben und auch von Seiten der Stadt und sind einige Überlegungen im Gange. Das ist alles ein großer Beteiligungsprozess. Dazu gehört auch die die Verwaltung mehr in die Pflicht zu nehmen, was die Beteiligung in den Sozialräumen betrifft.



WORKSHOP 1

WIEVIEL MENSCHENRECHT BRAUCHT KLIMAGERECHTIGKEIT? EIN KRITISCHER BLICK VON KÖLN AUS IN DIE WELT

TINA KEPPEL, FIAN LOKALGRUPPE KÖLN

Link zur Präsentation

» https://www.koelnglobalnachhaltig.de/content/downloads/sdg-tag-2019_ws1_praesentation-tina-keppel_fian.pdf

Der Workshop wurde in drei Themenfelder aufgeteilt, welche alle nacheinander behandelt wurden. Der dritte Gliederungspunkt konnte aus Zeitgründen allerdings nur kurz angerissen und nicht vertiefend diskutiert werden.

1. Menschenrechte und SDGs – globale Perspektive
2. Klimagerechtigkeit und Menschenrechte
3. Nachhaltige Stadt Köln

Ziel des Workshops war es, die menschenrechtliche Problematik hinter Klimaschutzmaßnahmen aufzuzeigen und die Frage nach dem Zusammenhang sowie Wirkung der SDGs und Menschenrechte zu beantworten.

THEMENFELD 1: SDGs UND MENSCHENRECHTE – GLOBALE PERSPEKTIVE

Zunächst wurde ein Überblick über die Historie und Entstehung der Menschenrechte gegeben. Hierdurch konnte verdeutlicht werden, dass die Menschenrechte zu Beginn eine reine Erklärung der Staaten waren

und nur durch die Ratifizierung weiterer Verträge rechtsverbindlich wurden. Von zentraler Bedeutung ist insbesondere, dass die Unterzeichnerstaaten als Rechtsträger eine Verpflichtung haben, während privatwirtschaftliche Unternehmen nicht rechtlich an die Menschenrechte gebunden sind und somit nicht für Verletzungen dieser verantwortlich gemacht werden können. Darauf aufbauend wurde nun zur Leitfrage des Workshops übergeleitet und ausführlich diskutiert: **Wo liegt der globale Zusammenhang zwischen den SDGs und Menschenrechten, d.h. in welchem Verhältnis stehen diese zueinander?** Die Diskussion verdeutlichte, dass Menschenrechte verbindlich für die Staaten sind, während die SDGs ein einheitliches Ziel- und Wertesystem sind, jedoch nicht die rechtliche Bindungskraft wie die Menschenrechte haben. Hieraus ergibt sich, dass keine menschenrechtlichen Kriterien beachtet werden müssen, wenn ein Beitrag zu den SDGs geleistet wird. Dies führt zu einer gravierenden Diskrepanz. Staaten müssen sich die Frage stellen, was auf der Individualebene als Konsequenz aus ihrem Handeln im Sinne der SDGs geschieht. So hebt die Referentin bspw. hervor, dass die SDG-Ziele 8 (Menschenwürdige Arbeit und Wachstum) und 9 (Industrie, Innovation und Infrastruktur) nicht mit Klimaschutz vereinbar sind und somit gegen die Menschenrechte verstoßen. Aus menschenrechtlicher Perspektive ist Klimaschutz jedoch ein Beitrag zur Einhaltung der Menschenrechte im Sinne des Rechts auf Wohlfahrt, insbesondere das Recht auf Gesundheit und auf Nahrung. Um die Problematik der Menschenrechtsverletzung zu verdeutlichen, die hinter Maßnahmen zu einzelnen SDGs steht, führte die Referentin ein Projekt der KfW-Bank an: Mobilität und Deutsche Werftarbeit. In der Diskussion über das Praxisbeispiel der KfW-Bank kam bei einigen Teilnehmer*innen der Gedanke auf, dass zwischen einzelnen SDGs Zielkonflikte bestehen. Darauf aufbauend kam die Gruppe zu der Schlussfolgerung, dass ein verbindlicher menschenrechtlicher Kriterienkatalog für die Umsetzung der SDGs

notwendig sei. Dieser soll die Wahrung der Menschenrechte jedes Individuums als verbindliche Richtlinie für SDG-Projekte sicherstellen, so dass die Menschenrechte nicht durch die Umsetzung der auf globaler Ebene formulierten SDGs gefährdet werden.

THEMENFELD 2: KLIMAGERECHTIGKEIT UND MENSCHENRECHTE

Zunächst gab die Referentin eine Übersicht über die internationalen Klimaabkommen und betonte, dass nur im Übereinkommen von Paris die Menschenrechte explizit erwähnt werden. Hiermit wurde zu der Debatte übergeleitet, wie und ob sich Individuen gegen persönliche Konsequenzen aus dem Klimawandel, die Menschenrechtsverletzungen mit sich bringen, gerichtlich wehren können. Die Referentin wies im Laufe des Gesprächs zudem daraufhin, dass bei Maßnahmen zum Klimaschutz der Umweltschutz häufig nicht beachtet wird. Dies führt dazu, dass lediglich der Nutzen einer Maßnahme anhand seines Beitrags zum Klimaschutz bewertet wird und nicht ob dieser auch ökologisch sinnvoll und gut sei. Als Beispiel führte sie die CO₂-Kompensation an. Somit werden im Zuge dieser Maßnahmen häufig Menschenrechte durch Landverluste, Vertreibung oder Zerstörung von Ökosystemen verletzt. Aufgrund dessen sollten Klimaschutzprojekte immer hinterfragt werden und Menschenrechts- sowie Umweltschutzstandards beachtet werden.



(Urheber*in: Tina Keppel/FIAN)

THEMENFELD 3: NACHHALTIGE STADT KÖLN

Obwohl Recherchen von FIAN ergeben haben, dass in Köln schon einiges zum Thema „Klimaschutz“ passiert, zeigte sich aber auch, dass die Rücksichtnahme auf Menschenrechte hierbei zu kurz kommt. Anhand von drei Fallbeispielen aus den Bereichen Finanzströme, Unternehmen und Zivilgesellschaft kann dies deutlich gemacht werden. Alle in dieser Workshop-Gruppe waren sich einig, dass es für die Stadt sehr schwierig ist, die menschenrechtliche Konsequenz ihrer Maßnahmen zu beachten, es aber dennoch wichtig und notwendig ist. Die Tatsache, dass die Stadt jedoch immer noch RWE unterstützt, belegt die Vermutung, dass auch in der vermeintlich nachhaltigen Stadt Köln noch großer Handlungsbedarf besteht. Laut der Organisation Greenpeace hat die GEW Köln AG noch nicht den Prozess angestoßen, die Aktien an der RW Holding AG aufzugeben.

Zivilgesellschaftliche Organisationen sagen, dass sich die Stadt erst nachhaltig nennen darf, wenn sie auch bei ihrem nicht direkt sichtbaren Handeln Verantwortung übernimmt. Hierzu zeigte die Referentin eine Graphik von Greenpeace und Fossil Free über das Netzwerk von Kommunen und RWE: „Kommunen und RWE: ein unübersichtliches, schmutziges Netzwerk“, zu finden unter:

» <https://www.koeln.greenpeace.de/artikel/kommunen-und-rwe>



WORKSHOP 2

SOZIALE GERECHTIGKEIT UND UMWELT – PRAXISBEISPIEL(E) AUS KÖLN. VERTIEFUNG DES ZWEITEN PODIUMSGESPRÄCHS.

DR. LUDWIG ARENTZ, BÜRGERSTIFTUNG KÖLN,
BÜNDNIS KOMMUNALE NACHHALTIGKEIT, UMWELTAMT
STADT KÖLN I.R.

Link zur Präsentation

» https://koelnglobalnachhaltig.de/content/downloads/sdg-tag-2019_ws2_-_praesentation-ludwig-arentz.pdf

Dr. Ludwig Arentz begann seinen Vortrag mit einer Einführung in das Thema soziale Gerechtigkeit und Umwelt. Er plädierte für eine Abkehr von der weit verbreiteten These, dass Menschen in wirtschaftlichen benachteiligten Verhältnissen weniger Sensibilität für Umweltthemen mitbringen und gleichzeitig umweltbelastender leben. Tatsächlich steigt der ökologische Fußabdruck mit den Einkommensverhältnissen, während umgekehrt diejenigen Menschen, die wirtschaftlich

schlechter gestellt sind, stärker von Umweltbelastung betroffen sind. Es gibt unterschiedliche, messbare Belastungsfaktoren, die in Korrelation mit den sozial-ökonomischen Verhältnissen gestellt werden können.

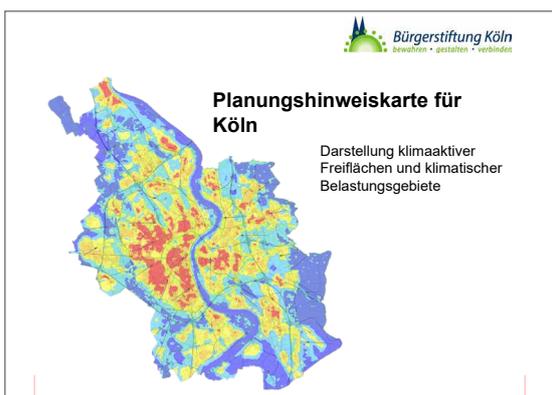
Faktoren der Umweltgerechtigkeit:

- Lärm
- Luft
- öffentliche Mobilität
- Zugang zu Grün
- Freizeit und Erholung
- bezahlbarer Wohnraum
- ordentlicher Wohnraum
- Segregation im Stadtraum
- Klimawandelanpassung

Ludwig Arentz wählte die Faktoren Lärm, Zugang zu Grün, Freizeit und Erholung sowie Klimawandelanpassung, um den Zusammenhang von ökonomischer Prekarität und ökologischer Belastung aufzuzeigen. Er verdeutlichte dies anhand verschiedener Karten, welche die unterschiedlichen Belastungsfaktoren und die wirtschaftliche Situation der Bürger*innen nach Veedeln visualisierten.

Darauf wurde deutlich, dass gerade dort, wo besonders viele Menschen auf lebenssichernde Sozialleistungen angewiesen sind, die Lärmbelastung besonders hoch ist, der Zugang zu Grünflächen hingegen gering (so zum Beispiel in Kalk, Mühlheim und Ehrenfeld). Der (bisherige und zu erwartende) Anstieg der Sommertage (Maximum der Lufttemperatur $\geq 25\text{ }^{\circ}\text{C}$) in Köln bedeutet vor allem für die Veedel mit besonders hohem Anteil versiegelter Fläche eine Herausforderung. (Alle Karten sind in der Präsentation zu finden). Besonders für ältere und kranke Menschen stellt die steigende Anzahl der Sommertage eine Herausforderung dar.

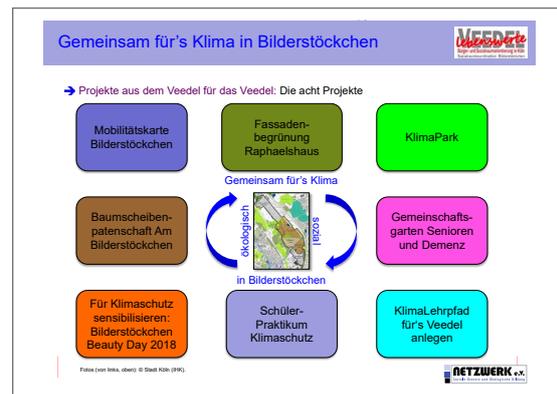
Künftig müssen stadtplanerische Entscheidungen mit der Planungshinweiskarte, welche klimaaktive Freiflächen und klimatische Belastungsgebiete darstellt, abgeglichen werden.



Als künftige Handlungsvorschläge nannte Ludwig Arentz entsprechende Planungen und Projekte der Stadtverwaltung sowie bürgerschaftlich getragenes Engagement und insbesondere CSR getragene Projekte von lokalen Kleinunternehmen. Wichtig

ist dabei der Bezug zu den Menschen in den Veedeln und eine gute Kooperation zwischen Bürger*innen, Verwaltung und lokalen Unternehmen.

Im Pilotprojekt „Gemeinsam fürs Klima in Bilderstöckchen“ (2016-2018) wurden oben genannte Handlungsvorschläge erfolgreich in die Tat umgesetzt:



- Das Projekt wurde von Bürger*innen, Vertreter*innen aus gemeinnützigen Vereinen und lokal ansässigen Wirtschaftsunternehmen in Bilderstöckchen getragen
- Lokaler und thematischer Fokus:
 - Realisierung von Klimaschutz im Sozialraum Bilderstöckchen
 - Thema ‚Klima‘ abgeleitet aus der Problemlage (Integriertes Handlungskonzept)
 - Ökologisches Klima – Besondere Betroffenheit durch den Klimawandel (Überhitzung, Starkregen)
 - Soziales Klima – Fortgesetztes Aktivierungsproblem, mangelnde Durchmischung und Kooperation der sozialen Milieus
- Eine Bürger*innenversammlung wählte aus über 80 Bewerbungen acht Projekte aus („aus dem Veedel für das Veedel“), die nun umgesetzt werden
- Grundlagen für das Projekt war unter anderem das integrierte Handlungskonzept der Stadt Köln (Starke Veedel – starkes Köln)



DISKUSSION DER TEILNEHMER*INNEN

Die Teilnehmer*innen nannten zunächst Vorschläge für weitere konkrete Maßnahmen in Köln und tauschten sich über bereits existierende Projekte und Initiativen aus:

Konkrete Ideen

- Öffentliche Trinkwasserspender
- Nicht-kommerzielle Ruheplätze, die Schatten spenden

Bereits existierende Projekte und Initiativen (zivilgesellschaftlich, wirtschaftlich, politisch)

- Projekt Refill
- iResilience: Begehungen mit Bewohner*innen des Viertels (TU Dortmund, Stadt Köln, Deutsches Institut für Urbanistik) <https://www.stadt-koeln.de/artikel/68269/index.html>
- Gerade laufendes Verbundprojekt „Hitzeaktionsplan für Menschen im Alter“ (Teil des Programms „Starke Veedel- Starkes Köln“, gefördert durch das BMU)
- Förderprogramm „grün hoch 3“ (Begrünung von Dächern, Fassaden und Böden)

können sich die Sozialräume nicht leisten: darauf muss die Stadt aufmerksam gemacht werden

- Gebäudewirtschaft ist vom Rat beauftragt, städtische Gebäude mit mehr Begrünung zu versehen. Bei Neubauten muss die Begrünung mit eingeplant werden.

Von den Teilnehmer*innen identifiziertes Grundsatzproblem

Wir reden über Umweltgerechtigkeit in einem System der sozialen Ungerechtigkeit. Die Diskussion über konkrete Maßnahmen ändert nichts an diesem strukturellen Problem. Die Frage nach einer gerechten Verteilung von Umweltbelastungen und Lebensqualität ist eine politische, die zu strukturellen Veränderungen führen sollte. Außerdem müssen weiterhin Aktions- und Partizipationsformen, Zugang zu Informationen, sowie Dimensionen der Gerechtigkeit (z.B. Betroffenheit, Prozessgerechtigkeit Ressourcengerechtigkeit) diskutiert werden.

Ergebnis

Die Teilnehmer*innen beschließen, eine Arbeitsgruppe zu gründen, die sich im neuen Jahr trifft um einen Arbeitsgrundlage zum Thema sozial-ökologischer Gerechtigkeit zu definieren.



WORKSHOP 3

PSYCHOLOGISCHES EMPOWERMENT FÜR EINE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE STADTENTWICKLUNG

MAXIMILIAN SCHMIES (FACHHOCHSCHULE DORTMUND,
AG UMWELTPSYCHOLOGIE IN DER TRANSDISZIPLINÄREN
NACHHALTIGKEITSFORSCHUNG)

Link zur Präsentation

» [https://www.koelnglobalnachhaltig.de/
content/downloads/sdg-tag-2019_ws3_
praesentation-max-schmies.pdf](https://www.koelnglobalnachhaltig.de/content/downloads/sdg-tag-2019_ws3_praesentation-max-schmies.pdf)

Maximilian Schmies stellte das Forschungsprojekt „DoNaPart – Dortmund, Nachhaltigkeit, Partizipation“ (<https://projekt-donapart.de/>) vor: Ausgangspunkt dieses Projektes: Die grüne Stadt wird von den Menschen, die darin wohnen, in einem gemeinschaftlichen Prozess gestaltet.

Der Workshop auf dem SDG-Tag widmete sich den Fragen: Warum engagieren sich die Menschen (Ansatzpunkte zur Motivation)? Wie kann man ihr Engagement fördern (soziales Lernen mit allen Sinnen)?

DIE GRÜNDE FÜR ENGAGEMENT KÖNNEN UNTERSCHIEDLICH SEIN, DAZU ZÄHLEN ZUM BEISPIEL:

Selbstwirksamkeit, Soziale Gerechtigkeit, Gemeinschaft, mitreden können, Verantwortung übernehmen, Psychohygiene, Widerstand, Anerkennung, Transformation, Empowerment, Weitergeben, Vorbild sein, Empathie, Inspirieren, Bewusstsein, Frustration, Betroffenheit etc. Das lässt sich grob zusammenfassen in drei Kategorien: **Wirksamkeit, Einstellung und Gemeinschaft.**



WIE FÖRDERN WIR DIE MOTIVATION UND DAS ENGAGEMENT?

Aufgabe der Bildungsarbeit

Einen Lernprozess zu fördern, der auf allen Ebenen stattfindet. Es ist ein sozialer Lernprozess mit allen Sinnen (Hände, Kopf und Herz). Dies ist in den drei oben genannten Kategorien Wirksamkeit, Einstellung und Gemeinschaft zu denken

Dimension Wirksamkeit (Hand)

Menschen engagieren sich, weil sie die Fähigkeit dazu haben. Bottom up: Auf konkrete Art handlungsfähig werden. Eine Bühne schaffen und sichtbar wirksam sein in kleinen Projekten. Dies bringt Menschen zusammen und sie bringen sich ein und schreiten in ihrem Lernprozess voran. Das Ziel ist Empowerment: Ressourcen bei sich selbst (und in der Gemeinschaft) aufzubauen. Das funktioniert wenn ein öffentlicher, interaktiver Austausch stattfindet.

• Diskussion:

- Menschen kümmern sich bei einer Beteiligung auch nachhaltig darum.
- Es ist wichtig, dass sich nicht einzelne Positionen in der Verwaltung

darum kümmern, die weg brechen könnten, sondern die Gemeinschaft. Langfristiges Handeln und mit großer Frustrationstoleranzgrenze ist in dieser Arbeit besonders wichtig, Prozesse brauchen Zeit. Kurzfristige, sichtbare Aktionen sind wichtig. Das Gefühl der Gemeinschaft fängt viele Frustrationen durch die trägen Verwaltungsprozesse auf.

- Beispiel für performative Beteiligung in Köln: zum Beispiel der Tag des guten Lebens.

• Anwendung/ Handlungsmöglichkeiten:

Um die Wirksamkeit zu fördern, ist es wichtig, die Möglichkeiten so zu gestalten, dass man ins Handeln kommen kann, positive Vorbilder sichtbar macht und soziale Räume kreiert, wo diese Wirksamkeitserfahrungen möglich sind.

• Mögliche Probleme:

Frustration, Akzeptanz, kollektiver Verständigungsprozess gestaltet sich schwer, benötigt einen Methodenkoffer.

Dimension Einstellung (Kopf)

Menschen engagieren sich, weil es ihnen wichtig ist. Der Bereich des Kopfes ist eine sehr ambivalente Sache. Wenn man die Leute abholen möchte, muss



man erreichen was die Menschen betrifft und was für sie relevant ist (Lebensweltbezug). Wissen und Bewusstsein allein schaffen keinen Wandel. Das liegt daran, dass wir nicht erwarten können, dass aus einer Einstellung heraus sich etwas verändert. Unsere innere Einstellung ist nur eine Richtung. Trotzdem kann es für die Menschen, die schon überzeugt sind, ein sehr wichtiger Antrieb sein. Bildungsprozesse sind wichtig. Emotionen wirken als Katalysator: Menschen engagieren sich, wenn sie sich betroffen fühlen. Am Anfang arbeiten wir mit Menschen, die schon einen Bezug zur Sache haben. Dann müssen wir eine Brücke bauen zu denen, die wir noch abholen müssen, zum Beispiel durch niederschwellige Maßnahmen und Angebote. Als Ausgangspunkt für Sensibilisierung und Beteiligung konkrete Probleme vor Ort nutzen.

Dimension Gemeinschaft (Herz)

Menschen engagieren sich, weil sie in einer Gemeinschaft miteinander oder mit der Sache verbunden sind. Kraft steckt in der Gemeinschaft. Das wichtige ist, ein Gemeinschaft stiftendes Gefühl entstehen zu lassen. Ein ganz wichtiger Prozess dabei ist die Identifikation, die bewirkt, dass

wir uns dazugehörig fühlen. Noch ein wichtiger Aspekt ist die soziale Norm, die diese gibt einen äußeren Rahmen. Menschen, auch Gruppen, orientieren sich an Anderen und passen ihr Verhalten an.

ZUSAMMENFASSUNG

- Warum engagieren sich die Menschen und wie kann man das fördern?
 - Um die Wirksamkeit zu fördern, ist es wichtig, die Möglichkeiten so zu gestalten, dass man ins Handeln kommen kann, positive Vorbilder sichtbar macht und soziale Räume kreiert, wo diese Wirksamkeitserfahrungen möglich sind.
 - Konkrete Probleme vor Ort als Ausgangspunkt nutzen für Sensibilisierung und Beteiligung!
 - Möglichkeiten schaffen für Identifikation und Gemeinschaftserleben, um die Verbundenheit zu fördern.
- Ein sozialer Lernprozess findet auf den drei Ebenen Kopf, Hand und Herz statt im Mitwirken, in der Gemeinschaft und der Einstellung.



WORKSHOP 4

KÖLN – GEMEINWOHLORIENTIERT! PUNKTEN FÜR DAS GEMEINWOHL UND DIE SDGS

MARTINA DIETRICH (GEMEINWOHLÖKONOMIE –
REGIONALGRUPPE KÖLN/BONN)

Martina Dietrich hat anhand einer Power Point Präsentation das Konzept der *Gemeinwohlökonomie* vorgestellt. Diese kann hier eingesehen werden

» https://www.koelnglobalnachhaltig.de/content/downloads/sdg-tag-2019_ws4_-_praesentation-martina-dietrich

Als Ausgangslage stellte Martina Dietrich zwei Probleme dar: Die Wirtschaft ist außerhalb der Gesellschaft positioniert, man spricht auch von der Entbettung der Wirtschaft. Außerdem wird der Erfolg der Wirtschaft anhand des Mittels, sprich des Geldes und der Vermehrung dessen, gemessen. Im Fokus liegt das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts.

Dem Konzept der Gemeinwohlökonomie liegen weitere Kriterien zugrunde. Die Wirtschaft soll wieder Teil der Gesellschaft sein, sprich sie soll wieder in die Gesellschaft eingebettet werden. Um das zu erreichen, muss der wirtschaftliche Erfolg anders definiert werden!



Die Leitfrage für Unternehmen und deren Wirtschaften lautet daher: Wie dient das Unternehmen dem Gemeinwohl?

Um dies messen zu können wurde eine Gemeinwohlmatrix erstellt, darin sind vier Grundwerte, fünf Berührungsgruppen und 20 Themenfelder zu finden. In diesen können Unternehmen sich prüfen und eine eigene Bilanzierung erstellen sowie eine Zielformulierung aufstellen. Diese wird alle zwei Jahre überprüft. Die Gemeinwohlabilanzen der Unternehmen müssen transparent veröffentlicht werden.

Gemeinwohlabilanz

Transformationsinstrument: Gemeinwohlabilanz

WERT	MENSCHENWÜRDIGKEIT	SOLIDARITÄT UND GERECHTIGKEIT	ÖKOLOGISCHE NACHHALTIGKEIT	TRANSPARENZ UND MITBESTIMMUNG
A. LIEFERANT*INNEN	A1 Menschenwürde in der Lieferkette	A2 Sklaverei und Zwangsarbeit in der Lieferkette	A3 Ökologische Nachhaltigkeit in der Lieferkette	A4 Transparenz und Mitbestimmung in der Lieferkette
B. EIGENTUM*INNEN & PARTNER*INNEN	B1 Ethische Führung in Umgang mit Geldmitteln	B2 Soziale Haltung im Umgang mit Geldmitteln	B3 Sozial-ökologische Investitionen und Mitarbeiterbindung	B4 Eigenart und Mitarbeiterbindung
C. MITARBEITENDE	C1 Menschenwürde am Arbeitsplatz	C2 Ausgestaltung der Arbeitsverträge	C3 Förderung des ökologischen Verhaltens der Mitarbeitenden	C4 Intransparenz, Mitarbeiterbindung und Transparenz
D. KUND*INNEN & MITGLIED*INNEN	D1 Ethische Kauf*Innen-Verhaltenen	D2 Kooperation und Solidarität mit Mitmenschen	D3 Ökologische Auswirkung durch Nutzung und Entsorgung von Produkten und Dienstleistungen	D4 Kauf*Innen-Mitteilung und Produkttransparenz
E. GESELLSCHAFTSWEISE UMFELD	E1 Soz. und ökonomische Wirkung der Produkte und Dienstleistungen	E2 Beitrag zum Gemeinwesen	E3 Reduktion ökologischer Auswirkungen	E4 Transparenz vor gesellschaftliche Mitbestimmung

Standortbestimmung der Organisation & Instrument zur Organisationsentwicklung

19.12.19 Martina Dietrich 17 von 32

Als nächstes stellte Martina Dietrich eine Broschüre vor, die detailliert beschreibt, wie die Gemeinwohlokonomie dazu beiträgt, die SDGs zu erreichen. Diese Broschüre kann hier eingesehen werden:

» <https://gwoe.17plus.org>

Kommunale Ebene: Martina Dietrich berichtete, dass es auch eine Matrix für die Gemeinwohlabilanz von Gemeinden gibt. Drei Gemeinden habe diese schon erstellt: Brakel, Dornstadt bei Ulm, sowie Breklum, Bordelum und Klixbüll aus Norddeutschland.

In Köln/Bonn gibt es bisher ein paar Unternehmen, die eine Gemeinwohlabilanz erstellt haben. Es sind aber wenige, wie z.B. Kiss the Inuit. Ein großer Kitaträger in Köln sowie ein Bildungsinstitut sind auf dem Weg, diese Bilanz zu erstellen.

DISKUSSIONSPUNKTE UND FRAGEN, DIE ANGESPROCHEN WURDEN:

- Es gibt bisher einige Pioniere, die eine Gemeinwohlabilanz erstellt haben, es müssen aber mehr werden!
- Wie schaffen wir es, die SDGs in Kommunen umzusetzen? Welche Rolle spielt das bestehende Wirtschaftssystem dabei? Kann die Gemeinwohlokonomie dabei als Instrument dienen?
- Es braucht klare praktische Veränderungen, die Bilanzierung ist ein Schritt dorthin. Aber es braucht auch Impulse von der Politik. In Köln gibt es in der Verwaltung keine Person, die ämterübergreifend für das Querschnittsthema Nachhaltigkeit zuständig ist.
- Welchen Einfluss hat das individuelle Konsumverhalten?
- Wertewandel – Woran wird Erfolg der Wirtschaft gemessen? Und wo wollen wir als Gesellschaft hin und was brauchen wir?
- Welche Rolle spielen Kirchen in diesem Diskurs? In der Regionalgruppe Köln/Bonn gibt es eine Gruppe die sich explizit mit dem Thema „Ansprache und Bilanzierung von Kirchen“ beschäftigt.



EPILOG

Der 29. November 2019 war für alle Klimabewegte ein wichtiger Tag – während auf Kölns Straßen für eine progressive und konsequente Klimapolitik demonstriert wurde, haben wir am SDG-Tag diskutiert, wie soziale Klimapolitik konkret in Köln aussehen sollte. Wir haben uns sehr über die zahlreiche Teilnahme gefreut, vor allem aber auch darüber, dass es ein bewegtes Kommen und Gehen gab – von der Demo auf die Konferenz und umgekehrt. Die Klimakrise stellt uns nicht nur vor neue Herausforderungen – sie lässt auch alte strukturelle Ungerechtigkeiten zu Tage treten, sowohl auf globaler als auch auf kommunaler Ebene.

Der SDG-Tag bot diesen Themen eine Plattform für Austausch, Diskussion und gemeinsame Visionen. Auch im Jahr 2020

und den folgenden Jahren werden wir uns mit dem Klimanotstand, dem Klimawandel und dessen Folgen beschäftigen müssen. Das wollen wir tun und hoffen, dass unsere Arbeit und das Bündnis kommunale Nachhaltigkeit Köln dazu einen Beitrag leisten werden!

Ganz konkret hat sich auf der Konferenz eine Arbeitsgruppe „Umweltgerechtigkeit in Köln“ gegründet – eure Teilnahme ist sehr erwünscht. Bei Interesse sendet der Koordinierungsgruppe eine [E-Mail](#). Wer über die Arbeit und die Angebote des Bündnisses kommunale Nachhaltigkeit Köln informiert werden möchte, kann sich hier für den [Newsletter anmelden](#).

Vielen Dank für eure Teilnahme und euer großes Engagement!



Herausgeber:
Allerweltshaus Köln e. V.
Körnerstraße 77–79, 50823 Köln
www.allerweltshaus.de

Projektteam:
Sabrina Cali und Bernadette Barth
koelnglobalnachhaltig@allerweltshaus.de
www.koelnglobalnachhaltig.de
facebook.com/koelnglobalnachhaltig

Moderation:
Markus Klopfer, www.markusklopfer.com

Fotografie:
Jennifer Lost

Layout und Satz:
Julia Zaadstra, www.zaadstra.design

In Kooperation mit



Mit freundlicher Unterstützung der

